



Inhalt



Fall Amri Seite 2



Anne-Klein-Platz Seite 4



Milieuschutz Seiten 5 + 6



Parkmanager Görli Seite 6



Rigaer Straße Seite 7

Europa	2
Respekt!	2
Radgesetz	3
Grüne Metropole	3
Klimaschutz	3
Impressum	3
Fluch Leitkultur	4
Mitmeschlichkeit	4
2. Juni 1967	4
Kommunales Vorkaufsrecht	5
Schulpolitik	5
1.000 Mitglieder	6
Rund ums Bezirksparlament	6 + 7
Gruppe LA54	7
Service	7

Prenzlauer Berg-Ost	
Michelangelostraße	8
Neue Schulen	8
Wohnungslosigkeit	8
Open Date und WLAN	8



Canan Bayram (mitte) mit Werner Graf und Laura Sophie Dornheim auf der Fahrradsternfahrt

Foto: ck

Für Xhain: Canan Bayram

Stachel: Den Grünen wird in letzter Zeit verstärkt vorgeworfen, man wisse nicht mehr wofür sie stehen und dass sie damit ihre Glaubwürdigkeit verspielen. Wie stehst Du dazu?

Canan: Ich wünsche mir oft mehr klare Kante und eindeutige Bekenntnisse zu unseren Überzeugungen. Damit meine ich auch unsere Spitzenkandidat*innen. Ich halte die Strategie, durch programmatische Unschärfe und diffuse Formulierungen ja niemanden verschrecken zu wollen, für falsch. Dieses Gedrängel in die sogenannte „Mitte“ und dafür die Ideale, Visionen und Forderungen aufzugeben oder zumindest nicht mehr laut und entschieden zu formulieren, halte ich für einen fatalen Irrweg. Ich bin sehr gespannt, wie der Programmparteitag ablaufen wird, mit welchen Forderungen wir dann in den Bundestags-Wahlkampf ziehen werden. Die vielen Änderungsanträge, die dort eingebracht wurden, zeigen mir, dass Bündnis 90/Die Grünen immer noch eine sehr lebendige und widerständige Partei sind. Gerade dieses Widerständige ist das, was mich zu den Grünen gebracht hat und was mich über die bloße Nachfolge als Direktkandidatin mit Hans-Christian Ströbele verbindet.

Wo siehst Du aktuell den Unterschied der Grünen zu den anderen Parteien? Wo braucht es die Grünen noch, um Gegenpositionen zum Mainstream zu beziehen?

Zum Beispiel beziehen wir diese Gegenpositionen im Umgang mit Geflüchteten und Migranten, bei der Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft und der Wahrnehmung unserer internationalen Verantwortung bei der Durchsetzung von Menschenrechten. Ich denke, genau bei diesen Themen

braucht es die Grünen besonders. Und gegen die Tendenzen, diese grünen Positionen aufzuweichen, werde ich als Grüne innerhalb und außerhalb der Partei kämpfen. Ganz abgesehen davon, dass das Leben der Geflüchteten in diesem Land mir seit Jahren ein Herzensanliegen ist, für das ich mich ja nicht nur als Politikerin, sondern auch als Anwältin engagiere.

Konkreter. Wie meinst Du das?

Wir müssen uns eindeutig positionieren in einem Spannungsfeld zwischen Äußerungen von CDU-Politikern, wenn sie nach den Anschlägen vor der deutschen Botschaft in Kabul behaupten, die Gefährdung von Menschen in Kabul und Afghanistan unterscheide sich letztlich nicht von den Gefahren, denen wir alle ausgesetzt seien. Dies würden doch die Anschläge von Manchester und London zeigen. Deshalb dürfe man ruhig weiter abschieben.

Und den Mut machenden und beeindruckenden Bildern vom Kampf der Schüler*innen in Nürnberg für ihren Klassenkameraden, dessen Abschiebung nach Afghanistan sie verhindern wollten. Dem Mut, mit dem sich diese vor ihren Mitschüler gestellt haben, trotz der Brutalität mit der die Polizist*innen dort gegen die Schüler*innen vorgegangen sind. Diesen Mut würde ich mir auch von manchen Grünen wünschen.

Was denkst Du zu Position von Grünen mit Regierungsverantwortung in einigen Ländern, die sich teilweise damit raus reden, dass Abschiebungen Bundessache sei und sie sich an die Gesetze halten müssten?

Trotz deutlicher Kritik an der Haltung einzelner Landesregierungen

müssen wir im Blick behalten, wer hier der Verursacher ist. Es ist besorgniserregend, dass die Bundesregierung zu offensichtlichen Lügen greift und mit der Übernahme von AfD-Positionen für den eigenen Wahlkampf Menschenleben riskiert. Niemand kann mir erzählen, dass es in Afghanistan wirklich sichere Regionen gibt. Dies wird ja immer als Begründung angegeben, um solche Abschiebungen zu rechtfertigen. Auch dies ist ein Punkt, auf dem die eigentlichen Entscheidungen auf Bundesebene fallen.

Aber es ist ja nicht nur Afghanistan. Bedrückend für mich auch die Abschiebung einer 14-jährigen Gymnasiastin in Duisburg nach Nepal, in ein Land dessen Sprache und Kultur sie kaum kennt. Im Bundestag würde ich mich dafür einsetzen, dass die gesetzlichen Grundlagen dergestalt geändert werden, dass so etwas nicht mehr möglich ist. In anderen europäischen Staaten und selbst in den USA gibt es immer wieder Momente, in den die Menschen, die illegal im Land sind, legalisiert werden. Warum sollte dies in Deutschland nicht möglich sein? Ich glaube fest daran, dass die Erteilung eines dauerhaften Bleiberechts viele Schwierigkeiten bei der Integration lösen würde. Dies wäre nicht nur für die betroffenen Menschen ein Gewinn, sondern auch für unser Land.

Was sagst Du dazu, dass sich gleichzeitig zumindest die Spitzenkandidat*innen der Grünen die Option einer Koalition mit eben dieser CDU unter einer Kanzlerin Merkel offen halten?

Um so notwendiger, hier deutlich Gegenposition zu beziehen. Wenn ich mir den sogenannten 10 Punkte Plan für grünes Regieren anschau, steht da: „Weitere Asylrechts-Ver-

schärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab.“ Das geht mir nicht weit genug. Weil „weiter“ geht ja kaum noch, außer, man schafft das Asylrecht gleich ganz ab. Im Programmtext steht zumindest, dass die meist aus populistischen Kalkül vorgenommenen Verschärfungen wieder rückgängig gemacht werden sollen. Hierfür werde ich mich entschieden einsetzen.

Aber reicht das? Was hältst Du vom Mantra, man müsste bei den Fluchtursachen ansetzen?

Ja, ja und nochmals ja, wenn es denn wirklich ernst gemeint ist und keine Floskel bleibt. Doch dahinter steht im Kern oft nur, die Verantwortung letztlich von sich weg und in die Ferne schieben zu wollen. Dabei liegen diese „Fluchtursachen“ oft viel näher als man denkt oder zumindest zugibt: nämlich unter anderem auch in unserer Wirtschafts- oder Klimapolitik. Denn viele der derzeitigen und vor allem zukünftigen Konflikte sind ja keineswegs allein auf ethnische, religiöse, politische oder sonstige interne Ursachen in den Ländern, aus denen die Menschen fliehen müssen, zurückzuführen. Sondern sind auch oft Verteilungs- oder mehr noch Überlebenskämpfe, die wir durch unsere rücksichtslose Politik nach dem Motto „Deutsche Exportwirtschaft zuerst“ mit verursachen.

Womit wir dann bei der Bewältigung der bereits bestehenden Konflikte wären. Hier hat sich dein Vorgänger Hans-Christian Ströbele oft gegen die Parteilinie positioniert. Möchtest Du diese Linie fortsetzen?

Fortsetzung auf Seite 2

Migration und Flucht

+++

Migration und Flucht

+++

Migration und Flucht

„Vielfältiges Zusammenleben setzt voraus, dass es weniger darauf ankommt, woher jemand kommt als vielmehr darauf, wie wir gemeinsam leben wollen.“ Canan Bayram

Fortsetzung des Interviews mit Canan Bayram von Seite 1

Ja. Denn die Frage von Krieg und Frieden ist eine existentielle und darf nicht an wirtschaftliche Interessen geknüpft werden. Und nichts anderes steckt hinter den Forderungen Trumps, das „Verteidigungs“-Budget aller NATO-Staaten auf 2% des Bruttoinlandsprodukts anheben zu wollen. Es wird eine nicht zu unterschätzende Lobby deutscher Rüstungsfirmen geben, die diese Vorgabe zu nutzen versuchen wird, um ihre Gewinne zu steigern. Damit werden sie sicherlich auf offene Ohren bei einigen Wahlkreisabgeordneten und im Verteidigungsministerium stoßen.

Dabei zeigen die Kriege in Syrien, dem Irak und Afghanistan, dass die Interventionsstrategien gescheitert sind und zu mehr Elend und Not bei den Menschen geführt haben. Fast immer lösen Kriege keine Konflikte, sondern verschärfen diese sogar. Daher brauchen wir mehr Friedensgespräche und Verhandlungen. Und nicht zuletzt die Bereitschaft, auf „gute Geschäfte“ zu verzichten, um den Menschen Perspektiven zum Verbleib in ihren Ländern zu schaffen.

Ist das nicht ein wenig naiv? Wir sehen doch, das beispielsweise die Gespräche und Verhandlungen in den Konflikten in Syrien, der Ukraine und anderswo kaum zu etwas führen?

Die Interventionen aber auch nicht, es sei denn zu mehr Not und Elend. Was aber ja auch daran liegt, dass die mächtigen Akteure hier vollkommen ungestört ihre nationalen und wirtschaftlichen Interessen um Vormacht zelebrieren können, während internationale Institutionen wie die UNO zunehmend geschwächt werden. Auch hier könnte und muss Deutschland gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten mehr Verantwortung

übernehmen. Und hierzu könnten die Grünen als explizit nicht-nationalistische Partei durchaus beitragen.

Wir müssen zum Ende kommen ...

Da möchte ich nochmals zurück zu uns in Deutschland, in Berlin und vor allem in den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, meinen Wahlkreis, den ich ja zusammen mit dem Prenzlauer Berg Ost im Bundestag vertreten will. Ich bin überzeugt, dass wir in der Bundespolitik wichtige Impulse vermitteln können. Gemeinsam mit den anderen Orten in unserer Republik sind wir ein Beispiel, wie aufregend und befruchtend die Vielfalt der Bewohner*innen sein kann. Gemeinsam können wir den Tendenzen entgegen treten, die unsere Gesellschaft zunehmend spaltet in die, die dazu gehören und solche, denen man unterstellt es nicht zu tun. Unsere Gesellschaft hat nur eine Zukunft, wenn wir gemeinsam definieren, wie wir zusammen leben wollen. Und man sollte darauf verzichten, den „anderen“ die eigene Lebensweise aufdrücken zu wollen, wie es etwa Thomas de Maizière mit seiner Leitkultur versucht.

Insofern sollten wir hier eine laute Stimme gegen einen Diskurs sein, der die Grenzen dessen „was man doch wohl mal sagen dürfen muss“ dahingehend erweitert, dass immer mehr von uns sich plötzlich draußen sehen. Sei es aufgrund unserer Herkunft, unserer sexuellen Orientierung, unseres Geschlechts, unsere politischen Überzeugung, unseres Alters, unserer sozialen Stellung oder was auch immer. Und als Grüne möchte ich diese laute Stimme gerne sein.

■ Das Gespräch führte
Werner Heck

Warum der Anschlag von Anis Amri nicht verhindert wurde

Der schreckliche Anschlag, bei dem 12 Menschen getötet, 55 verletzt wurden, hätte verhindert werden können. Polizei und Geheimdienste haben versagt. Sie haben geltendes Recht nicht angewandt. Warum nur? Meine Erklärung nach drei Monaten Aufklärung in einer „Task-Force“.

Den Sicherheitsbehörden im Bund und in Ländern war Anis Amri schon seit 2015 verdächtig. Er war bekennender Islamist und begrüßte Anschläge des Islamischen Staates (IS). Er suchte Unterstützer für einen Anschlag und wollte sich ein Schnellfeuergewehr dafür besorgen. Im Internet recherchierte er nach Chemikalien. Die Behörden hatten einen Informanten, eine Vertrauens-Person, die Amri im Auto von NRW nach Berlin chauffierte.

Kontakte nach Libyen - direkt zum IS

Die Behörden wussten, dass Amri sich unter zahlreichen Namen in NRW und anderen Ländern als Asylbewerber angemeldet hatte. Er reiste quer durch Deutschland in der islamistischen Szene hin und her. Fast 50 Behörden waren mit ihm befasst. Zahlreiche Straftaten wurde er verdächtig. Amri wurde als Gefährder eingeschätzt, aber ihm passierte nichts, jedenfalls nichts Ernstes.

Amri stand über den Messenger-Service „Telegram“ mit vermuteten Angehörigen des IS oder gar Kommandeuren in Libyen in Verbindung. Deutsche Behörden fingen die Kommunikation im Februar 2016 ab. In Gesprächen geht es um eine „Heirat“ und um das persische Wort „Dougma“. Beides sind Codeworte des IS für Selbstmordanschlag. Die Übersetzung des Wortes „Dougma“, ist „auf den Knopf drücken“. Das tun Selbstmor-

dattentäter, wenn sie den Sprenggürtel zünden. Der Chat-Partner im libyschen Kampfgebiet rät, Amri solle sich an einen Bruder wenden und sagen, dass er der „Religion Gottes dienen wolle“. Sachverständige interpretieren dies: Amri bitte hier um Hilfe bei einem Anschlag, er werde von seinen Chat-Partnern bestärkt und ermutigt. Diese geben ihm Hinweise, an wen er sich für Unterstützung wenden solle. Am Ende heißt es, „Allah“ werde sie „im Paradies vereinen.“ Die Partner gehen offenbar davon aus, dass sie nach dem Anschlag tot und im Paradies sind. Die vollständigen Chats werden bis heute sogar vor dem Bundestag geheim gehalten. Gegen Amri wird kein Strafverfahren eingeleitet und auch kein Haftbefehl beantragt.

Im Berliner Landeskriminalamt wird Anfang November 2016 nach Telefonüberwachung in den Akten vermerkt, Amri sei des gewerbs- und bandenmäßigen Drogenhandel verdächtig. Nach dem Strafgesetz ein Verbrechen, das aber weiterhin nicht zu einem Verfahren oder Haftbefehl führt. Amri wird nicht mal rund um die Uhr beobachtet. Ihm geschieht nichts.

Sechs Wochen nach dem Berliner Vermerk verübt Amri den Anschlag. Im Januar 2017 hatte ich nach Gründen für die behördliche Zurückhaltung im Fall Amri gefragt. Am 19. Januar wird aus Libyen eine Operation der US-Luftwaffe gemeldet, bei der mehr als 100 Menschen getötet wurden. US-Minister Carter erklärt, die Angriffe richteten sich

gegen IS-Strategen, die Operationen gegen unsere Verbündeten in Europa planten und möglicherweise Verbindungen hatten mit vorherigen Anschlägen in Europa. US-Medien vermuten einen Zusammenhang zum Fall Amri. Ich gehe davon aus, dass die libyschen Telefonnummern aus der „Telegram“-Kommunikation und der Inhalt der Chat-Verkehre an US-Dienste weitergegeben wurden. Alles andere wäre ungewöhnlich und unprofessionell. Die US-Behörden haben daraufhin IS-Stützpunkte aufgeklärt und dann den Militärschlag geplant. Dabei wären sie ungern gestört worden, durch eine Festnahme von Amri. Die IS-Kämpfer wären dann gearmt gewesen, die Bomben hätten sie nicht mehr getroffen.

Tatverdacht in Berlin wegen gewerbsmäßigen Drogenhandel

Diese Interessenlage liegt auf der Hand. Haben deutsche Behörden davon gewusst und deshalb bewusst Amri in Ruhe gelassen? Die Absurdität dieser Untätigkeit legt nahe, dass ein Wink aus den USA, im Fall Amri die Füße still zu halten, der Grund dafür war. Auch um solche Zusammenhänge aufzuklären, fordern wir einen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages.

■ Hans Christian Ströbele,
Mitglied des Bundestags

Ändern wir Europa

Harte Sparmaßnahmen in Griechenland, hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, immer mehr Geflüchtete, die im Mittelmeer ertrinken und unökologische und unsoziale Wirtschaftsabkommen mit USA, Kanada und Afrika: Die Politik in Europa muss sich ändern und dafür ist die Bundestagswahl entscheidend.

Bei der Bundestagswahl geht es nicht nur um die Politik in Deutschland, sondern es geht auch entscheidend um die Zukunft Europas. Die Europäische Union hat uns sehr viel weitergebracht. Wir verdanken ihr

Freiheit, Menschenrechte und vor allem Frieden. Deshalb bin ich überzeugter und begeisterter Europäer. Aber die Begeisterung für mehr miteinander und Solidarität bedeutet eben auch, dass wir für eine bessere

Politik auf europäischer Ebene kämpfen müssen.

Der deutsche Einfluss ist in den letzten Jahren enorm gewachsen, doch leider war dies eher negativ. Wir haben die Mitgliedstaaten, die

sich aufgrund der Bankenrettung verschulden mussten, gezwungen einen harten Sparkurs zu fahren, der ihrer Wirtschaft enorm geschadet hat. Das muss sich ändern. Wir müssen dort wieder in sozial-ökologische Projekte investieren, denn die Jugendarbeitslosigkeit geht uns alle an. Und wenn es nicht aus sozialem Gewissen ist, dann wenigstens aus wirtschaftlichen Gründen. Die EU ist unser größter Exportmarkt, wir brauchen eine funktionierende EU-Wirtschaft, um dauerhaften Wohlstand zu gewährleisten.

Die Länder im Süden nicht alleine lassen

Und wir brauchen eine andere internationale Wirtschaftspolitik. Die Kritik an TTIP und CETA ist richtig und wichtig. Wir dürfen diese schädlichen Abkommen, mit denen ökologische und soziale Standards ausgehebelt werden können, nicht unterschreiben. Aber es ist auch entscheidend, dass wir nicht nur darauf schauen, was gut für Europa ist, sondern auch eine gerechte Politik für den afrikanischen Kontinent einfordern. Dass Europa mit den EPAs die Länder Afrikas gezwungen hat, ihre Märkte für europäische Produkte immer weiter zu öffnen, ist einfach nur schäbig. Wir subventionieren hier Massentierhaltung, um billiges Fleisch in Europa und die Reste in Afrika zu verkaufen. Zu einem Billigpreis, der selbst den afrikanischen Bauern Konkurrenz macht und sie Pleite gehen lässt.

Für eine faire Handelspolitik – auch mit den afrikanischen Ländern

Und wir brauchen einen anderen Umgang mit den Geflüchteten. Es ist eine Schande, dass wir uns über Trumps Mauer aufregen, aber tausende von Geflüchteten im Mittelmeer ertrinken lassen. Hier müssen wir legale Einreisewege schaffen, eine Untergrenze einführen, also eine Mindestzahl, die wir jährlich aufnehmen und die Grenzländer wie Italien oder Griechenland nicht länger mit den Geflüchteten allein lassen. Wer vor Krieg, Elend und Hunger flieht braucht Hilfe und Unterstützung. Das heißt auch, dass Deutschland endlich mehr Geld für die vielen Seenotretter*innen zur Verfügung stellen muss.

Die Geflüchteten aufnehmen

Ja, es läuft vieles falsch in Europa. Das heißt aber nicht, dass Europa falsch ist. Nein, die Probleme vor denen wir stehen sind viel zu groß, als dass wir sie alleine und national lösen können. Aber wir müssen für eine andere Politik kämpfen. Statt merkelscher Austerität brauchen wir eine sozial-ökologische Politik – und die wird es nur mit einer linken Bundesregierung geben.

■ Werner Graf,
Landesvorsitzender

Respekt! Solidarische Begegnungen

Eine Fotoausstellung
des UMBRUCH
Bildarchivs im
Regenbogencafé in der
Lausitzer Straße 22,
noch bis zum
24. August



Die Ausstellung setzt der virtuellen Hetze gegen Geflüchtete und „Nicht-Deutsche“ eine andere Welt entgegen. Statt der Aus- und Abgrenzung von Menschen zeigt sie solidarische Begegnungen voller gegenseitigem Respekt: Menschen, die sich mit Offenheit, Freundlichkeit und ohne Vorurteile begegnen. Virtualisierten Feindbildern und Hass stellt sie die Wirklichkeit alltäglichen Widerstands entgegen.

Die Ausstellung versucht, die Subjektivitäten aller Menschen wie auch das allen Gemeinsame durch die fotografische Linse zu sehen, zu erkennen und zu respektieren.

Mit Bildern von Andrea Linss, Jutta Matthes, Christina Palitzsch, Monika von Wegerer, Oliver Feldhaus, Peter Homann, Michael Hughes, Olaf Ramcke, Omer Fadl und Hermann Bach

Ökologie und Verkehrswende

+++

Ökologie und Verkehrswende

+++

Ökologie und Verkehrswende

„Im Bundestag sollte nicht der Ausbau der A100, sondern die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und des Radfahrens diskutiert werden.“ Canan Bayram

Wir treten in die Pedale

Mit dem Koalitionsvertrag ist ein deutliches Signal zur Stärkung des Radverkehrs in der Hauptstadt ausgesandt worden - das war der Startschuss für die Verhandlungen für ein Fahrradgesetz. Im Koalitionsvertrag ist der Beschluss eines Radgesetzes als (erster) Teil eines Mobilitätsgesetzes vorgesehen. Das Mobilitätsgesetz wird neben dem Radverkehr auch Regelungen zu Fußverkehr, Bus, Bahn, Wirtschaftsverkehr und vielem mehr enthalten. Im April wurden jedoch zunächst die Verhandlungen über die Eckpunkte für das Fahrradgesetz abgeschlossen. Ein wichtiger Zwischenschritt.

Die Eckpunkte des Radgesetzes

- * Die Zahl der durch unzureichende oder unsichere Infrastruktur schwer verletzten und getöteten Verkehrsteilnehmer in Berlin soll möglichst auf Null gesenkt werden - Vision Zero.
- * Das Land Berlin soll bis 2025 den Anteil des Radverkehrs an allen Wegen auf mindestens 30 Prozent innerhalb der Umweltzone und im Land Berlin auf mindestens 20 Prozent steigern.



Aktion Fahrradstreifen am Kottbusser Damm

Foto: David Hartmann

* Ein lückenloses Netz an Radverkehrsinfrastruktur soll entstehen, um schnelle, bequeme und sichere Verbindungen für Radfahrende zu ermöglichen. Das Radverkehrsnetz wird ausgehend von der bestehenden Planung für ein Haupt- und Ergänzungsroutennetz weiterentwickelt und qualifiziert.

* Das Radverkehrsnetz soll Radwege an allen Hauptstraßen mit Fahrrad- und Nebenstraßen sowie 100 Kilometern Radschnellverbindungen umfassen. Die Radverkehrsanlagen an Hauptstraßen sollen, womöglich und sinnvoll, als geschützte Radstreifen gebaut werden.

* Besonders wichtige Verbindungen werden als Vorrangnetz ausgewiesen, in dem der Radverkehr bevorzugt, will heißen beschleunigt wird, z.B. durch eine Grüne Welle. Vorrangnetze sollen ebenfalls für Bus und Tram sowie Autoverkehr ausgewiesen werden - näheres wird im Mobilitätsgesetz geregelt.

* Bis 2025 sollen 100.000 zusätzliche Radabstellmöglichkeiten in Form von Abstellanlagen und Fahrradhäusern entstehen.

Teile des von der „Initiative Volksentscheid Fahrrad“ vorgelegten Gesetzesentwurfes kollidierten laut einem Gutachten mit der Straßenverkehrsordnung (StVO).

Verkehrswende jetzt

Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hat das Gutachten im Internet publiziert. Der jetzige Entwurf für ein Radgesetz hat diese Probleme behoben und wird nun durch Jurist*innen in der Senatsverwaltung weiter geprüft. Parallel dazu wird er weiter beraten im Rat der Bürgermeister der Bezirke und weiteren Senatsverwaltungen.

Wir wollen das Radgesetz schnell in das Parlament einbringen. Denn es geht nicht darum, ein bisschen Papier zu bedrucken. Es gilt, in Berlin die Verkehrswende zu schaffen - mit Fahrrad, Bus und Bahn zum Nutzen aller Verkehrsteilnehmer*innen, ihrer Sicherheit und ihrer Mobilitätsbedürfnisse.

■ **Stefan Gelbhaar**, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Sprecher für Verkehrspolitik und auf Platz 2 der Berliner Bundestagsliste

Weg mit der Kohle

Grüne Energie- und Klimaschutzpolitik setzt sich durch. Berlin ist endlich Vorreiter in Sachen Klimaschutz und Energiewende.

Irgendwie hatte man sich ja daran gewöhnt, dass die Hauptstadt im Bundesländervergleich stets den letzten Platz belegte. Selbst die Stadtstaaten Hamburg und Bremen schnitten regelmässig besser ab. Doch mit der Grünen Regierungsbeteiligung wendet sich das Blatt. Als erstes Bundesland haben wir den Kohleausstieg gesetzlich festgeschrieben und damit unwiderruflich eingeleitet. Mit dem Abschalten des Braunkohlekraftwerks Klingenberg wurde auch gleich der erste Schritt gemacht. Und natürlich wurde dies auch gebührend gefeiert. Das Bündnis Kohleausstieg Berlin hatte zur Abschaltparty und Bootsdemo geladen und wir Grüne

Reuter West werden jährlich mehr als eine Million Tonnen Steinkohle verbrannt. Vattenfalls Angaben zur Herkunft der Kohle sind mager. So lässt sich nur sagen, dass die Kohle-Lieferungen in den letzten Jahren vorwiegend aus Polen, Russland und den USA kamen, in Ausnahmefällen auch aus Kolumbien. Leider gibt es in vielen Kohleexportländern verheerende Menschenrechtsverletzungen. Dies betrifft nicht nur das oft angeführte Kolumbien sondern auch Russland. Zudem wird durch den Abbau massiv in die Umwelt eingegriffen. In den USA werden beispielsweise ganze Bergketten gesprengt, um an die Kohle zu kommen. In Kolumbien versinkt manch ein Dorf im Kohlestaub.



Aktion gegen den Weiterbetrieb von Klingenberg

Foto: Erik Marquart

sind dieser Einladung sehr gern gefolgt. Gemeinsam mit vielen Klima- und entwicklungspolitisch Aktiven sind wir in der Rummelsburger Bucht unter dem Motto „Tschüss Klingenberg – Ahoi Steinkohleausstieg“ in See gestochen.

Als Land Berlin hört aber unsere Verantwortung nicht an der Stadtgrenze auf. Natürlich setzen wir uns auch weiterhin für das Ende der Braunkohle in Brandenburg ein. Neue Tagebaue bzw. Tagebauerweiterung zerstören nicht nur Dörfer und Natur sondern heizen auch das Weltklima immer weiter an. Die Spree verockert und spült Sulfat aus den aktiven Tagebaue bis nach Berlin. Es droht der Sulfatgrenzwert für unser Trinkwasser überschritten zu werden.

In den drei verbleibenden Steinkohlekraftwerken Moabit, Reuter C und

Die Liste ist lang. Wir Grüne fordern Vattenfall auf die Herkunft ihrer Kohle vollständig transparent zu machen und sicherzustellen, dass keine Blutkohle in Berlin verfeuert wird.

Schwere Menschenrechtsverletzungen, Umweltbeeinträchtigungen und der Klimawandel sind wichtige Gründe, um den Kohleausstieg schnellstmöglich und endgültig umzusetzen. Daher brauchen wir konkrete Ausstiegsfahrpläne für die Berliner Steinkohlekraftwerke. Das ist nun der nächste Schritt, den wir gemeinsam mit unserer Klimaschutzsenatorin Regine Günther angehen werden, damit aller spätestens 2030 Schluss ist mit der Kohle in Berlin.

■ **Stefan Taschner**, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Mit tiefgrüner Tinte

In der Verbraucherschutz, Natur- und Umweltpolitik werden an uns Grüne völlig zurecht hohe Erwartungen gestellt. Daher freut es mich sehr, dass wir in den Koalitionsvertrag viele wichtige Vorhaben hinein verhandeln konnten, um diesem Ziel näherzukommen.

Einer der wichtigsten Verhandlungserfolge ist, dass wir mit verschiedenen Instrumenten dafür sorgen werden, dass Grün- und Erholungsflächen erhalten und erweitert werden. Als zentrales Vorhaben kann man hierbei die Schaffung eines Stadtvertrages zur dauerhaften Erhaltung wichtiger Grün-, Frei- und Naturflächen sehen. Dieser Stadtvertrag soll sich am vor mehr als 100 Jahren geschlossenen Dauerwaldvertrag und am existierenden Berliner Landschaftsprogramme orientieren. Besonders freue ich mich, dass wir es geschafft haben, ein Finanzierungsinstrument für den Naturschutz nach Vorbild des Hamburger Naturcents (Einnahmen aus der Grundsteuer werden zweckgebunden für den Naturschutz verwendet) im Koalitionsvertrag festzuzurren. Wir möchten vor allem dort Grünflächen und grüne Oasen schaffen, wo bisher wohnortnahe Grünflächen fehlen. Dies wird sich positiv auf die Umweltgerechtigkeit in unserer Stadt auswirken.

Bienenschutz in Berlin

Des Weiteren konnten wir im Koalitionsvertrag verankern, dass der sogenannte Biotopflächenfaktor für alle Neubauten verbindlich gilt. Dies bedeutet, dass bei Neubauten die Fläche weniger versiegelt werden darf. Um die Vorgaben des Faktors einzuhalten, wird in Zukunft bei Bau-tätigkeiten mehr Vegetationsfläche und Dach- und Vertikalbegrünung eingeplant werden müssen.

Tolle Ergebnisse konnten wir auch im Bereich der biologischen Vielfalt erzielen. Wie bekannt ist, liegt mir der (Wild-)Bienen-schutz und der Schutz anderer Bestäuber sehr am Herzen, weshalb ich mich stark dafür eingesetzt habe, dass dieser Schutz im Koalitionsvertrag festgeschrieben wird und nun auch niedergeschrieben ist. Erste Erfolge gibt es in diesem Bereich bereits, der Senat hat einen

Kooperationsvertrag unterzeichnet, um Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem bestäuber-freundlichen Bezirk zu machen.

Aus für Glyphosat

Auch ein Grund zur Freude ist die von uns in den Koalitionsvertrag hinein verhandelte Festlegung, dass Berlin zu einer pestizidfreien Kommune wird. Seit Jahren kämpfe ich dafür, dass das Pestizid Glyphosat in Berlin nicht mehr eingesetzt wird. Hier ging es nun auch ganz schnell - die BSR hat angekündigt, dass sie auf Glyphosat verzichten wird. Dies ist ein erster Schritt, der zeigt, dass Grün wirkt, wir sind aber noch lange nicht am Ziel.

Mehr Grün in unseren Straßen

In Zukunft wird es eine/n festen Ansprechpartner/in für Urban Gardening bei der Verwaltung geben. Durchsetzen konnten wir außerdem, dass ein gesamtstädtisches Konzept für urbane und interkulturelle Gärten erstellt werden soll.

Ebenfalls wichtig war es uns und mir, dass wir die Straßenbauprogramme weiterführen und ausweiten. Wir wollen in den kommenden Jahren mehr Bäume pflanzen. Dabei sollen und werden auch Straßen einbezogen, die bisher keinen Baumbestand aufweisen und deren Neubepflanzung aufwendiger ist.

Von uns wird erwartet, dass wir hier in Berlin Ergebnisse liefern und in der Landesregierung dafür sorgen, dass die wachsende Stadt Berlin zu einer „grünen Metropole“ wird. Die Zivilgesellschaft und die Verbände zeigten sich zufrieden mit dem Verhandlungsergebnissen und warten nun auf die Umsetzung. Die grüne Handschrift ist klar erkennbar.

■ **Turgut Altug**, Mitglied des Abgeordnetenhauses



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:

Henry Arnold (ha)
Caroline Ausserer (aus)
Katrin Schmidtberger
Maxi Hoffmann
Christian Könneke (V.i.S.d.P.) (ck)
Werner Heck (wh)

Fotos Inhaltsleiste Seite 1:

ck (3),
Pascal Striebel (1)

Kontakt zur Redaktion:

stachel@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 7.000

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg

Dresdner Straße 10
10999 Berlin

Fon: +49 30 614 31 46
Fax: +49 30 614 31 42

info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Offene Gesellschaft

+++

Offene Gesellschaft

+++

Offene Gesellschaft

„Rechtspopulisten träumen von den 50er Jahren, aber ich will die Zukunft gestalten.“ Canan Bayram

Der Fluch der „Leitkultur“

Ein Kommentar

Wenn man nur oberflächlich hinsieht, dann könnte man meinen: So schlimm ist das doch gar nicht, diese Idee von einer „Leitkultur“. Schließlich haben wir unsere Werte, das ist doch was. Das Grundgesetz, die Freiheitsrechte. Daran sollten sich doch auch die Menschen, die zu uns kommen, orientieren müssen. Wir haben etwas erreicht, das wollen wir bewahren. Und daran haben sich, bitte schön, alle zu halten. Ein im wahrsten Sinne konservativer Gedanke. Bewahren. Konserve. Stillstand.

Die Kunst und die Künstler*innen werden da selbstverständlich mit hinein gezogen, als Teil unserer Kultur. Besonders die armen Toten, die sich nicht mehr wehren können. Aber gerade diejenigen, die hier besonders gerne genannt werden, standen fast alle auf der anderen Seite der Macht. Außenseiter der Gesellschaft. Sie wurden zensiert, verfolgt, vertrieben. Schiller, Büchner, Heine, selbst Wagner. Sie haben die Welt voran getrieben und neu gedacht. Das hatte niemals etwas mit Stillstand zu tun.

Das Perfide an der Idee der „Leitkultur“ jedoch ist, dass sie überhaupt nichts mit Kultur zu tun hat. Die Kultur - oder was immer darunter verstanden wird - ist nur vorgeschoben. In Wahr-

heit ist der Gedanke ein rein ökonomischer. Kultur wird missbraucht, um unseren Wohlstand zu sichern. Um Hürden zu schaffen und Grenzen zu ziehen. Wir da drinnen, ihr da draußen. Wer sich zur Begrüßung nicht die Hand gibt oder womöglich ein Kopftuch trägt, hat bei uns nichts zu suchen und darf auch nicht an unsere Töpfe ran. Dass das mit der Verteilung von Wohlstand auch bei uns nicht klappt, steht auf einem anderen Blatt. Nicht aber, dass wir auf Kosten der Länder prassen, aus denen so viele Menschen zu uns kommen. Denn unser System funktioniert nur, wenn diese Ungleichheit, diese himmlschreiende Ungerechtigkeit auf der Welt bestehen bleibt. Deshalb stellt Flucht und massenhafte Wanderung unser kapitalistisches System in Frage. Und deshalb haben findige Leute die „Leitkultur“ erfunden.

Ein Gedanken allein ist es, der uns Grüne leiten sollte: Es gibt nur eine Welt, und diese Welt ist für alle da. Zu gleichen Teilen.

■ Henry Arnold,
Sprecher der LAG Kultur

Ein Plädoyer für Mitmenschlichkeit

Gegen feste Vorurteile, gegen Verachtung und Hass anzukämpfen, sollte leicht fallen. Denn es ist notwendig. Notwendiger als viele von uns es noch vor wenigen Jahren gedacht hatten.

Gerade in dieser Zeit werden Hass und offene Anfeindung wieder salonfähig. Kaum einer, der keine Sprüche kennt, die bis vor Kurzem nur geflüstert wurden. Die heute aber den allgemeinen Sprachgebrauch zu bestimmen scheinen. Ebenso wie Menschenfeindlichkeit Konjunktur zu haben scheint, werden viele Menschen, die sich gegen Diskriminierung einsetzen, als Gutmenschen angefeindet. Dabei sollte die Wahl doch eigentlich ganz einfach sein: für oder gegen Nationalismus, für oder gegen Sexismus, für oder gegen Rassismus, für oder gegen Antisemitismus, für oder gegen Fremdenfeindlichkeit.

Sind Sie ein Gutmensch?

Wir Grünen sind gerne Gutmenschen, wenn es darum geht, unsere offene, demokratische Gesellschaft zu verteidigen. Wir sind überzeugt, dass Diskriminierung Menschen verletzt und benachteiligt.

Immer wieder wird behauptet, wir Grüne hätten doch Gleichstellung längst erreicht. Unsere Forderungen werden als „Genderwahn“ abgetan. Doch die Realität sieht anders aus:

Frauen kämpfen weiter gegen die „gläserne Decke“ an, Alleinerziehende und ihre Kinder sind häufig arm – trotz Arbeit. Inklusion ist noch immer weit, weit entfernt. Über Obdachlose wird die Nase gerümpft, gegen Geflüchtete und Migrant*innen gehetzt, Homo- und Transsexuelle werden auf den Straßen angegriffen.

Kampf für Menschenwürde

Ich kämpfe dafür, dass es keine Familie zweiter Klasse mehr gibt, keine Liebe zweiter Klasse, geschweige denn Menschen zweiter, dritter oder vierter Klasse. Nicht, um Alleinerziehende, LGBTIQ*, Griech*innen, Senegales*innen oder Geflüchtete zu bevorzugen. Es sind die Rechtsrahmen, die geändert, und die strukturellen Benachteiligungen, die endlich abgebaut werden müssen, um Gleichberechtigung herzustellen und Menschenwürde zu garantieren. Das ist das Fundament unserer Gesellschaft.

Wir bauen Kinderarmut ab, indem alle Kinder die gleiche Förderung erhalten – unabhängig ob ihre Eltern verheiratet, verpartnert oder alleinerziehend sind. Patchwork- und

Regenbogenfamilien sollen gleichberechtigt mit allen Familienformen leben können. Wie jemand auf die Idee kommen kann, dadurch „Ehe und Familie“ zu benachteiligen, bleibt mir rätselhaft.

Wir sind Feminist*innen, weil wir gar nicht anders können angesichts der vielfältigen Benachteiligung von Frauen. Wir leben Inklusion, weil endlich Schluss sein muss damit, in jungen wie in späten Jahren behindert zu werden. Wir kämpfen weiter für eine menschenfreundliche Integration. Nicht weil uns das nützlich ist, sondern aus Überzeugung. Wir brauchen das Miteinander. Dieses Miteinander ist der Gegenentwurf zu Diskriminierung im Alltag, zur Verächtlichmachung der „anderen“. Und jede*r von Ihnen, liebe Leser*innen, kann diese*r andere sein.

Es sind die Grund- und Menschenrechte, die uns antreiben. Gleichberechtigung von Lebensentwürfen, Herkunft und Liebe, Bildungs- und Einkommensgerechtigkeit – das ist grüne Solidarität.

■ Lisa Paus,
Mitglied des Bundestags und auf Platz 1 der Berliner Bundestagsliste

Ein Schuss und viele Fragen

Der gezielte Schuss des Polizisten Kurras in den Hinterkopf Benno Ohnesorgs während der Demonstrationen gegen den Schahbesuch am 2. Juni 1967 hat die damals noch junge Protestbewegung schockiert und verstört. Aber vieles von dem, was hinter den staatlichen Kulissen passierte, wissen wir bis heute nicht.

50 Jahre danach hat Daniel Wessener im taz-café eine grüne Debatte initiiert, welche Bedeutung dieser Mord eines friedlichen Demonstranten für die Entwicklung der 68er-Bewegung hatte, und welchen Platz Ohnesorgs Tod in unserer Erinnerung einnimmt. „Ich wurde am 2. Juni politisiert, von diesem Tag an habe ich mich engagiert“, sagt Hans-Christian Ströbele, der damals sofort anfang zu recherchieren. Die gesamte Berliner und überregionale Presse sowie das Fernsehen stellten die Ereignisse falsch dar: Schuld hatten immer „die Radikalinskas“.

Der Einsatzleiter der Polizei hatte während der Demonstration versichert, „der Knüppel bleibt am Haken“, doch der rechte Berliner Polizeipräsident Duensing gab plötzlich die Anweisung „Knüppel frei“. Warum eigentlich?

Noch am Abend des 2. Juni kam die Falschmeldung, ein Polizist sei von einem Studenten erstochen worden, eine Meldung, die die aufgebracht Öffentlichkeit auf den Straßen massiv gegen die Student*innen mobilisierte. Wer hat sie eigentlich in Umlauf gebracht? „Ein Sturm von Hass und Hämie kam auf uns zu“, erinnert sich Bahman Nirumand, der am Abend zuvor einen Vortrag über die Lage im Iran unter der Diktatur des Schahs gehalten hatte.

Vertuschte Wahrheit

Das Interesse an internationalen Entwicklungen - neben dem Vietnamkrieg - erwachte. Aber im Rausch des „Wirtschaftswunders“ wollte die Mehrheit der Deutschen nicht gestört werden, man war „provinziell und ungeheuer autoritär, die Welt kannte man nicht. Es war eine fröhliche und phantasiereiche kulturelle Bewegung, ja eine Kulturrevolution“, so Nirumand, die aber nur etwa 1 ½ Jahre anhielt, weil sich die junge Pro-



Dirk Behrendt erinnert an 50 Jahre Schah Besuch

Foto: Sebastian Brux

testkultur aufspaltete, die K-Gruppen entstanden sowie die RAF und eine „Bewegung 2. Juni“ eine abgründige Gewaltfaszination stärkten.

Aber 1967 ging die Gewalt noch eindeutig von staatlicher Seite aus, die zudem über Mittel der Vertuschung verfügte. Im ersten Prozess gegen Kurras wurde ein offensichtlich manipuliertes Beweisfoto verwendet und das Gericht entschied auf Freispruch. Der verletzte Ohnesorg wurde von Krankenhaus zu Krankenhaus gefahren, bis schließlich ein iranischer Arzt, der für den Fall eines möglichen Attentats auf den Schah vorbereitet war, das Loch in seinem Hinterkopf mitsamt der Kugel zunähte, berichtet Alexander Kulpok, seinerzeit Live-Reporter beim SFB. Wer hat diese Irrfahrt koordiniert?

Erst unglaubliche 42 Jahre nach seinem Schuss wurde Kurras als Stasi-Mitarbeiter und SED-Mitglied enttarnt. Wie Ströbele berichtet, war er sogar als der führende Spion der DDR bei der Spionageabwehr tätig und für die Stasi unersetzlich. Canan Bayram

betont, dass lebendiges Erinnern immer Wahrhaftigkeit und genaue Kenntnis der Fakten voraussetzt, es aber bis heute Vertuschungsmechanismen gibt, die mit den „geschlossenen Strukturen“ in den Institutionen zusammenhängen. Am besten sei es, eine unabhängige Historikerkommission einzusetzen, die Zugang zu allen Akten erhält.

Lebendiges Erinnern setzt Wahrhaftigkeit voraus

Die Zeit von Benno Ohnesorg war eine Zeit, in der das Bewusstsein darüber wuchs, wie gesellschaftliche Konflikte mit internationalen Entwicklungen verknüpft sind. Eine Zeit, in der die Fähigkeit, sich selbständig zu verhalten, eingeübt wurde. In der aktives, spontanes und phantasievolles Eingreifen einfach cool war und dem Affekt gegen das Unerträgliche folgte. Können wir das noch?

■ Wolfgang Lenk,
Bezirksverordneter

Kommt der Anne-Klein-Platz?

Der Vorschlag, den Rathausvorplatz nach der Feministin Anne Klein zu benennen stößt auf unerwartet heftigen Widerstand insbesondere bei den Fraktionen von SPD und Die Linke. Liegt es wirklich daran, dass der Platz nicht repräsentativ genug ist?

Schaut man sich um, ist unser Bezirk bunt und vielfältig. Menschen unterschiedlichster Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Identität laufen über Straßen, die ganz überwiegend nach – oft verdienten, manchmal historisch eher zweifelhaften – Männern benannt sind. Zwar hat das Bezirksparlament schon 2005 beschlossen, die Sichtbarkeit von Frauen* im öffentlichen Raum zu stärken und Straßen einstweilen nur nach Frauen* zu benennen. Doch leider ist das gar nicht so leicht. Neu zu benennen gibt's nicht viel. Größere Umbenennungen wie die des Groebenufers nach May Ayim sind ein langwieriger Prozess und daher leider noch die Ausnahme. Für Frauen* bleibt dann oft nur das neue Vergnügungsviertel um die Mercedes-Benz-Arena oder etwa Parks und Grünflächen.

Ein prominent politischer Platz

Daher haben wir uns vorgenommen, in dieser Wahlperiode mindestens 10 Straßen oder Plätze aktiv nach Frauen* (um) zu benennen. Als ersten Schritt haben wir vorgeschlagen, einen zentralen Platz nach einer Vorkämpferin für die Rechte von Frauen* und von LSBTTIQ zu benennen: Der Platz am Rathaus Kreuzberg, direkt vor dem Saal der BVV, soll nach Anne Klein (*1950, †2011) benannt werden. An dem Platz, wo die aktive Zivilgesellschaft auf „die Politik“ trifft, soll an eine Frau erinnert werden, die auf unterschiedlichste Art zeitlebens politisch war. Zuerst als Teil der Frauen*- und Lesbenbewegung, dann als Berliner Senatorin und später dann als engagierte Anwältin und Frauenrechtlerin. Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks und der steigenden An-

zahl von homo- und transfeindlichen Übergriffen auch in unserem Bezirk wäre das ein starkes Zeichen. Etwa 20 Frauen*- und Queer-Initiativen haben den Vorschlag unterstützt. Bei einer symbolischen Umbenennung am Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Transphobie waren neben Anne Kleins „Amtsnachfolger“ als Senator für Antidiskriminierung Dirk Behrendt auch ihre Lebenspartnerin und politische Weggefährtinnen anwesend. Ein kleiner, feiner, politischer Platz für Anne Klein – das hätte ihnen gefallen.

„Nicht würdig genug“?

Leider fand die bezirkliche Gedankenkommission den Platz mehrheitlich „nicht würdig genug“. Auch mögliche Alternativen wie die Obentrautstraße als Annes langjähriger Wohnort wurden zunächst verworfen. Es drohte das unschöne Ergebnis, dass sich im Prinzip – außer CDU und AfD – angeblich alle einig sind, und dann trotzdem nichts passiert, weil einigen Fraktionen der realistische Ort „zu klein und unwürdig“ sei, die Umbenennung einer großen Straße aber dann „zu unrealistisch“. Nach längerer Diskussion zeichnet sich nun ein Kompromiss ab. Der Anne-Klein-Platz kommt später, aber er kommt. Auf das Dragoner-Areal, direkt hinter das Rathaus Kreuzberg. Im Rahmen der Entwicklung des Areals und eines möglichen Erweiterungsbaus soll nun das Rathaus zum neuen Stadtquartier hin geöffnet werden und dort ein schöner Stadtplatz angelegt werden. Dieser Platz soll dann nach Anne Klein benannt werden.

■ Pascal Striebel,
Bezirksverordneter

Mieten und soziale Gerechtigkeit

+++

Mieten und soziale Gerechtigkeit

+++

Mieten und soziale Gerechtigkeit

„Es kann doch nicht sein, dass für Autobahnen Grundstücke enteignet werden können, aber nicht für Wohnraum.“ Canan Bayram

Spekulation mit Wohnraum stoppen

Die Mieten steigen ungebremt. Während der vorangegangene Mietspiegel von 2015 für den Zeitraum 2013-2015 noch ein Plus von 2,7 % auswies, schnellen seit 2015 die Mieten jährlich um 4,6 % in die Höhe. Dieser Anstieg ist alarmierend.

Der Mietspiegel liefert alle zwei Jahre eine Übersicht über ortsübliche Vergleichsmieten für knapp 1,4 Mio. nicht preisgebundene Wohnungen in Berlin. Die gewichtete Durchschnittsmiete nettokalt liegt nun mit 6,39 Euro/m² monatlich höher als die 5,84 Euro/m² aus dem Mietspiegel 2015. Nicht berücksichtigt sind im Mietspiegel Mieter*innen von Sozialwohnungen und solche mit Altmietverträgen, die seit vier oder mehr Jahren nicht verändert wurden.

Für ein neues, faires Mietrecht

Besonders stark stiegen Mieten für Altbauten sowie für besonders kleine oder große Wohnungen. Neubauten aus den Jahrgängen 2003-2015 sind die teuersten Wohnungen in Berlin. Diese dramatische Mietpreisentwicklung macht deutlich, wie wichtig die öffentlichen Hand und ein entschlossenes Handeln der Politik für die soziale Wohnraumversorgung ist. Die von Rot-Rot-Grün in Angriff genommene grundlegende Reform des alten sozialen Wohnungsbaus zur Sicherung von Mietpreis- und Belegungsbindungen ist hierfür ein ebenso wichtiger Beitrag wie die Neugestaltung und Ausweitung des geförderten Wohnungsneubaus und die soziale Ausrichtung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften.

Die Bundesregierung, die für die Gestaltung des Mietspiegels bzw. des Mietrechts insgesamt zuständig ist, verschleppt das Problem seit Jahren und hat die Mietpreisbremse aus Kalkül zu einem stumpfen Schwert gemacht. Mietsteigerungen müssen wirklich wirksam begrenzt und die Spekulation beendet werden. Es ist höchste Zeit für eine Debatte, wie viel Rendite eigentlich fair ist. Um Spekulation und Renditewahn zu stoppen, sind entsprechende Maßnahmen auf Bundesebene längst überfällig. Wir wollen die absurden Ausnahmen bei der Mietpreisbremse abschaffen. Bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete im Mietspiegel sollen die Mieten der letzten zehn Jahre zugrunde gelegt werden. Generell sollen Mietsteige-



Die südliche Friedrichstadt mit Mehrnigplatz wird Milieuschutzgebiet

Foto: ck

rungen nur noch um maximal 3% im Jahr möglich sein und dies nur bis zur oberen Grenze der ortsüblichen Vergleichsmiete. So verkleinern wir den Rahmen für Mieterhöhungen, die auf keinerlei Wertsteigerung der Immobilie basieren. Bei Modernisierungen sollen die Betroffenen anschließend nicht mehr als 30% ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben müssen und die jetzige Modernisierungumlage muss durch eine faire Kostenteilung ersetzt werden. Durch eine mieterfreundliche Härtefallregelung soll vermieden werden, dass Bewohner*innen ausziehen müssen.

Milieuschutz bedeutet Mieterschutz stärken

Gut 45% der 281.000 Einwohner im Bezirk leben bereits in den sog. „sozialen Erhaltungsgebieten“. Unser Ziel ist, den Milieuschutz auch auf andere Gebieten auszuweiten, damit bis 2018 insgesamt ca. 600.000 Menschen geschützt wohnen können. Um dies zu erreichen, sollen auf Landesebene den Bezirken mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Milieuschutz muss durch die Wiedereinführung von Mietobergrenzen, die konsequente Anwendung des Vorkaufsrechts und

die ausnahmslose Untersagung von Umwandlungen in Eigentumswohnungen zu einem Mieterschutzinstrument weiter entwickelt werden.

Mietspiegel muss verbindlich werden

Zwei Vermieterverbände kritisieren die Methodik des Mietspiegels und wollen diesen nicht anerkennen. Gerade die Deutsche Wohnen ist dafür bekannt, unerlaubt hohe Mietforderungen zu stellen und Mieter*innen zu verklagen, wenn diese nicht bereit sind, Mieten über dem Mietspiegel zu bezahlen. Es muss möglich sein, zweifelhafte Geschäftspraktiken, die einzig auf einen Mieter*innenwechsel ausgerichtet sind, zu unterbinden. Daher ist es auch höchste Zeit, dass im Mietrecht die Anwendung des Mietspiegels für Berlin verpflichtend verankert wird. Dazu brauchen wir aber eine andere Bundesregierung.

Der Mietspiegel 2017 ist abrufbar unter www.berlin.de/mietspiegel. Fragen zum Mietspiegel werden über das „Servicetelefon Miete“ (030) 90 139 4777 beantwortet.

■ **Katrin Schmidberger,**
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Kommunales Vorkaufsrecht nutzbar machen

Das Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ) am Kottbusser Tor konnte durch das Vorkaufsrecht vor Spekulation gerettet werden, ebenso wie die Wrangel 66 und die Glogauer 3. Wir wollen dieses Instrument noch viel häufiger anwenden. Dafür braucht es landes- und bundesrechtliche Unterstützung.

Die Bezirke haben durch das Baugesetzbuch die Möglichkeit, bei Hausverkäufen in Milieuschutz- und Sanierungsgebieten ein kommunales Vorkaufsrecht anzuwenden, um entsprechend der Satzungsziele die Wohnbevölkerung vor Verdrängung zu schützen und preiswerten Wohnraum zu erhalten. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat in grüner Verantwortung das Vorkaufsrecht bereits fünfmal erfolgreich ausgeübt und vier sogenannte Abwendungsvereinbarungen geschlossen, in Tempelhof-Schöneberg und in Neukölln kam das Instrument einmal zum Einsatz. Auch ist es möglich, mit den zukünftigen Neueigentümern über sogenannte Abwendungsvereinbarungen in Verhandlungen zu treten, und besondere Mieterschutzrechte zu vereinbaren, um den Vorkauf durch den Bezirk zu verhindern. Damit sind wir Vorreiter für dieses Instrument, das bisher ausschließlich von Grünen Stadträt*innen in den Bezirken genutzt wurde. Wir wollen aber, dass zukünftig alle Bezirke von diesem Instrument verstärkt Gebrauch machen können. Dafür brauchen sie die Unterstützung der neuen rot-rot-grünen Landesregierung.

zur Verfügung steht. In der Regel wird das Vorkaufsrecht zu Gunsten Dritter durch die Bezirke ausgeübt – sprich in Kooperation mit einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft wie der Gewobag oder eines gemeinwohlorientierten Wohnungsträgers. Wir wollen den Pool an möglichen Partner*innen um Genossenschaften, Stiftungen und das Mietschäusersyndikat erweitern. Auch eine bezirksübergreifende Immobiliengenossenschaft nach Münchner Vorbild könnte für Berlin sinnvoll sein.

Bundesrecht ändern

Auch auf Bundesebene müssen gesetzliche Regelungen dringend überarbeitet werden. Das Vorkaufsrecht muss bei Zwangsversteigerungen Anwendung finden dürfen. Die Kosten des Ankaufs müssen neu geregelt werden. Der bisherigen Rechtsprechung zufolge muss der Bezirk den zwischen Käufer*in und Verkäufer*in bereits ausgehandelten Kaufpreis zahlen. Erst bei einer deutlichen Überschreitung des gutachterlich festgestellten Verkehrswerts kann der Kaufpreis herabgesetzt werden. Hohe Kaufpreise haben zur Folge, dass sie sich dauerhaft kaum über preiswerte Mieten erwirtschaften lassen. Deshalb wollen wir bei der Wertermittlung einen am Mietspiegel orientierten Ertragswert stärker gewichten. Die maximal zulässige Überschreitung soll bei 10 Prozent des Wertes liegen. Insgesamt wollen wir damit eine signifikante Zahl von Wohnungen dauerhaft vor Spekulation schützen. Beim Verkauf einzelner Wohnungen haben die Mieter*innen zwar ein Vorkaufsrecht, können sich aber den Kauf oft nicht leisten. Wir wollen diese Mietervorkaufsrecht auch auf von Mieter*innen gemeinschaftlich gegründete Genossenschaften ausweiten. So wollen wir Hausgemeinschaften mit unterschiedlichen Einkommensverhältnissen unterstützen.

Wir werden mit aller Kraft versuchen, möglichst viele Häuser dem spekulativen Markt zu entreißen. Der Kapitalmarkt läuft zurzeit so heiß, dass neulich ein Haus im Bezirk weiterverkauft wurde, noch während wir über den Vorkauf oder eine Abwendungsvereinbarung verhandelt haben. Der Besitzer konnte den Kaufpreis innerhalb weniger Wochen um über 30 Prozent nach oben treiben. Diese absurden Entwicklungen verdeutlichen, wie wenig Transparenz auf dem Immobilienmarkt herrscht und wie wichtig es ist, viele weitere Instrumente gegen Spekulation zu entwickeln.

■ **Florian Schmidt,**
Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Facility Management

■ **Katrin Schmidberger,**
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Berliner Modell

Wir wollen eine Berliner Gesamtkonzeption für die Nutzung von Vorkaufsrechten und strategischen Ankäufen aufstellen. Wir machen uns auf Landesebene für einen Ankauffonds stark, der für eine kurzfristige Finanzierung für die Bezirke

Schulpolitik neu gestalten

Bildungspolitik ist Ländersache und damit einer der größten Gestaltungsbereiche der Stadt Berlin. Als Rot-Rot-Grüne Koalition stehen wir vor der Herausforderung, wie wir es schaffen, die Berliner Bildungslandschaft so zu gestalten, dass alle Kinder optimale Bildungsvoraussetzungen und individualisierte Förderung erhalten können.

Berlin steht vor vielen Herausforderungen: marode Schulen, steigende Schüler*innenzahlen, fehlende Lehrkräfte. Die Probleme sind altbekannt und viel diskutiert, getan hat sich in den letzten Jahren wenig.

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir im Bildungsbereich einiges vor. Über 90 konkrete Vorhaben in Fragen der Lehrkräfteaus-, -fort und -weiterbildung, der Stärkung von Ganztagschulen, Sprachförderung und interkultureller Kompetenzen, Inklusion und Schulsozialarbeit haben wir als Rot-Rot-Grün auf Landesebene vereinbart.

Sanierungsstau angehen

Der Prozess zur Verankerung der Gemeinschaftsschule im Berliner Schulgesetz ist in vollem Gange. Die Politik holt auf, denn viele Schulen stehen bereits in den Startlöchern. Der Wunsch von Schulkollegien, aber vor allem auch vielen Eltern zeigt, dass die Gemeinschaftsschule in Berlin Potential hat. Ein Pilotprojekt mit insgesamt 24 Schulen startete dazu im Schuljahr 2008/2009. Auch in Xhain haben wir

bereits mit der Carl-von-Ossietzky-Schule und der Lina-Morgenstern-Schule zwei Gemeinschaftsschulen, die sich gerne mit ihrem Konzept der Gemeinschaftsschule weiterentwickeln würden. Wir Grüne sehen in der Gemeinschaftsschule eine Schulform, die die Chancen bietet, allen Kindern den angestrebten Abschluss bis zum Abitur zu ermöglichen.

Dabei ist es wichtig, auch Schulneubau, -sanierung und -ausbau zusammenzudenken. Die Qualität des Schulunterrichts hängt unmittelbar mit der schulischen Infrastruktur vor Ort zusammen. Dabei spielt auch die Schulentwicklungsplanung in den Bezirken eine wesentliche Rolle. Unser grünes Anliegen ist dabei nicht aus dem Nichts neue Schulen aus dem Boden zu stampfen, sondern zu überlegen wie verstärkte Kooperationen, u.a. im Bereich Grundschule und Oberstufe, die dringend notwendigen Sanierungen in den Bezirken mit Blick auf die zunehmenden Schüler*innenzahlen möglich sind und befördert werden können.

Viele der genannten Vorhaben werden ihre Zeit brauchen und sind

nicht von heute auf morgen umsetzbar. Es wird an einigen Stellen mit Sicherheit noch lebendige Diskussionen über die richtige Umsetzung geben. Doch das Wichtige ist: Der Anfang ist gemacht!

Lehrer*innen wertschätzen

Rot-Rot-Grün denkt die Bildungspolitik neu und verbleibt dabei nicht nur in leeren Worthülsen. Im Mai haben wir die bessere Bezahlung von Grundschullehrkräften erfolgreich auf den Weg gebracht. Die neu ausgebildeten und dringend gebrauchten Lehrer*innen, aber auch die schon tätigen Lehrer*innen, können durch eine Änderung der Besoldung wie Lehrer*innen an Oberschulen nach E13/A13 bezahlt werden. Die Haushaltsmittel dafür wurden dafür bereits in den Nachtragshaushalt 2017 aufgenommen. Das war längst überfällig, denn auch die Qualität der Ausbildung unterscheidet sich weder von Länge noch Intensität mit der von Lehrkräften an ISSen oder Gymnasien. Ein positiver Nebeneffekt ist dabei

der Abbau von Geschlechterungerechtigkeiten, denn die Mehrheit der Grundschullehrkräfte sind Frauen. Berlin ist mit diesem Schritt bundesweit Vorreiter.

Wir Grüne haben dabei auch die Konrektor*innen nicht vergessen und auch für diese die Höherstufung zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum 01.01.2018 durchgesetzt. Die Konrektor*innen leisten eine unverzichtbare Arbeit, die bisher nicht ausreichend gewürdigt wurde. Dabei sind starke Grundschulleitungen unverzichtbar für gute Grundschulen. Dank Rot-Rot-Grün gibt es dafür nun mehr als nur warme Worte.

Wir Grüne werden deshalb in Kooperation mit den Schulen, den Akteuren in der Bildungslandschaft und Eltern Schritt für Schritt die nächsten Jahre nutzen, um die Berliner Schulen zu einem Lern- und Lebensort für Lehrer*innen, Beschäftigte und natürlich in erster Linie unsere Kinder zu gestalten.

■ **Marianne Burkert-Eulitz,**
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Rund ums Bezirksparlament

Fußgänger*innenzone

Auf unsere Initiative hin soll in der Zossener Straße, zwischen Bergmannstraße und Gneisenaustraße, eine Fußgänger*innenzone entstehen. Für den Bus-, Rad- und Lieferverkehr ist eine Ausnahmeregelung geplant. Wir regen an, diese Anordnung im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens zur Begegnungszone in der Bergmannstraße mit Interessierten, Anwohner*innen und Gewerbetreibenden zu diskutieren. Diesen Antrag haben wir in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Juni eingebracht (DS/0311/V). Bereits seit 2007 fordern Anwohner*innen eine Sperrung der Zossener Straße in der Höhe der Markthalle für den Durchgangsverkehr. Seit der Eröffnung der Verbindung Axel-Springer/Leipziger Straße hat der Verkehr in der Zossener Straße zugenommen, viele nutzen diese zur Umfahrung der Kreuzung Mehringdamm/Yorkstraße. Daher ist die Forderung der Sperrung weiter aktuell. Eine Fußgänger*innenzone hätte den gleichen Effekt wie eine Sperrung und würde damit den Forderungen der Anwohner*innen nachkommen, den Durchgangsverkehr aus dem Kiez rauszuhalten und den Verkehrslärm zu reduzieren. (aus)

Es geht voran

Nach dem ersten Aufschlag, die Zukunft der East Side Gallery auch dadurch dauerhaft abzusichern, dass der Prozess zur Anerkennung dieses Denkmals als Unesco-Weltkulturerbe angestoßen wird, folgen nun weitere Schritte. Zunächst werden Bezirksamt und Senat in einem von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Antrag aufgefordert, den Versprechungen des Koalitionsvertrags konkrete Taten folgen zu lassen: Verhandlungen mit dem Investor des Grundstückes, auf dem der monumentale Bau des Hotel- und Luxuswohnprojektes „Waterfront Living“ entstehen soll, der die East Side Gallery endgültig zum bemalten Gartenmüerchen degradieren würde, aufzunehmen und dies durch das Angebot eines Ersatzgrundstückes oder einen Rückkauf des Geländes bzw. entsprechender Entschädigungszahlung zu verhindern. Mit einem zweiten Antrag, eingebracht von Grünen, der Linken und der SPD, soll dann ein Prozess angestoßen werden, an dessen Ende ein umfassendes Konzept für die Zukunft der East Side Gallery stehen soll. Der erste Schritt: ein Hearing mit allen bislang involvierten Akteur*innen und Expert*innen. (wh)

Faire Parkgebühren

Wir setzen uns für faire Parkgebühren ein und haben dazu in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom Juni einen entsprechenden Antrag eingebracht (DS/0310/V). Dieser sieht vor, dass die Parkraumbewirtschaftung in Friedrichshain-Kreuzberg erweitert und die Gebührenstruktur für Bewohner*innenausweise geändert werden sollen. Die Gebühren für Bewohner*innenausweise sollen gestaffelt werden und sich künftig an der Größe und am Schadstoffausstoß des Fahrzeuges orientieren. Ausnahmen sind vorgesehen für Familien mit drei oder mehr Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, sowie für Gewerbetreibende, die auf die Nutzung großer Kraftfahrzeuge angewiesen sind. Schwerbehinderte erhalten weiterhin kostenfrei einen besonderen Parkausweis. Bisher zahlt jede*r Anwohner*in in Parkraumbewirtschaftungszonen 20,40 Euro für einen zwei Jahre gültigen Bewohner*inneparkausweis. Nun soll diese Gebühr angepasst werden: Wer ein größeres Auto fährt und mehr öffentlichen Raum zum Parken nutzt, soll auch höhere Gebühren zahlen und wer ein kleineres Auto fährt, soll künftig weniger zahlen. (aus)

Änderungen auf Bundesebene nötig

Anfang Juni hat der Bezirk ein weiteres Milieuschutzgebiet erlassen. Rund um den Mehringplatz sind Luxussanierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zukünftig nicht mehr erlaubt. Damit der Milieuschutz richtig schlagkräftig wird, sind dringend Gesetzesänderungen auf Bundesebene nötig.

Das neue soziale Erhaltungsgebiet – besser bekannt als Milieuschutz – reicht vom Bessel-Park bis zu den Friedhöfen am Mehringdamm und von der Linden- bis zur Wilhelmstraße. Durch den Milieuschutz kann verhindert werden, dass Mieten durch bauliche Aufwertung ins Unermessliche steigen – und so Anwohner*innen durch Luxussanierungen aus ihren Kiezen verdrängt und gewachsene Kiezstrukturen zerstört werden. Auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen kann zukünftig untersagt werden. Sie ist zusammen mit umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen einer der Hauptverdrängungsmotoren in der Stadt.

Das Beispiel der Otto-Suhr-Siedlung in Kreuzberg hat gezeigt, wie wichtig der Milieuschutz ist. Seit

der Privatisierung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft GSW durch den früheren rot-roten Senat gehören die Häuser dem börsennotierten Wohnungsunternehmen Deutsche Wohnen. Dieses versucht die Mieten durch teure Modernisierungsmaßnahmen zu steigern. Um die Mieter*innen vor Verdrängung zu schützen, hat der Grüne Baustadtrat Florian Schmidt der Deutschen Wohnen durch das Instrument Milieuschutz mehrere Modernisierungsmaßnahmen untersagt.

Xhain ist Vorreiter im Vorkaufsrecht

Ein weiteres wichtiges Argument für die Ausweisung von Milieuschutz-

gebieten ist, dass die Bezirke bei Hausverkäufen in diesen Gebieten ein kommunales Vorkaufsrecht haben, um die Wohnbevölkerung vor Verdrängung zu schützen und preiswerten Wohnraum zu erhalten. Xhain hat das Vorkaufsrecht bereits dreimal erfolgreich ausgeübt und ist damit Vorreiter in Berlin. Unter dem alten Senat fehlte es meist an der notwendigen finanziellen Unterstützung für die Bezirke, damit diese das Vorkaufsrecht überhaupt nutzen können. Der neue rot-rot-grüne Senat arbeitet jetzt aber endlich an einer Gesamtkonzeption für das Land Berlin, damit das Instrument Vorkaufsrecht weiter gestärkt wird.

In ganz Berlin gibt es derzeit 34 Milieuschutzgebiete- weitere Gebiete sind in Vorbereitung. Davon befinden sich 28 Gebiete in grüner Bezirksver-

antwortung. Friedrichshain-Kreuzberg hat mit dem Gebiet südliche Friedrichstadt jetzt elf Milieuschutzgebiete, die mehr als die Hälfte des Bezirkes abdecken. So wichtig der Milieuschutz bereits heute ist, er muss noch schlagkräftiger werden. Wir wollen, dass Mietobergrenzen wieder ermöglicht und durch entsprechende bundesrechtliche Gesetzesänderungen gerichtsfest eingeführt werden. Auch für soziale Infrastruktur und Gewerbe soll zukünftig der Milieuschutz gelten. Es gilt den Milieuschutz zu einem umfassenden Mieter*innenschutzinstrument weiterzuentwickeln.

■ Julian Schwarze, Bezirksverordneter

■ Annika Gerold, Bezirksverordnete

Görli als Innovationspark

Ein Besuch beim Parkmanager Cengiz Demirci in seinem Büro-Bauwagen im Görlitzer Park.



Parkmanager Cengiz Demirci vor seinen Bürowagen im Görli

Foto: ck

Cengiz Demirci lässt erkennen, dass er voller Ideen und Tatendrang ist. Er weiß aber auch, dass der noch zu wählende Parkrat aus interessierten Bürger*innen das Gremium ist, das klare Parkregeln und eine Satzung beschließen muss. Erst dann können konkrete Maßnahmen zusammen mit Parkmanager und Verwaltung angepackt werden. Auch die knapp 90 Vereine, Initiativen und Gewerbetreibenden rund um den Görli müssen mit eingebunden werden. All das dauert und verlangt viel Kommunikation und Geduld. Ein Großteil seiner Arbeit besteht in Gesprächen mit den unterschiedlichen Akteur*innen.

Perspektiven für Dealer*innen

Zur Drogenproblematik findet Cengiz eine Idee vom früheren Stadtrat Hans Panhoff, der den Görli als „Toleranzraum“ sah, unterstützungswürdig. Man sollte sich ordnungspolitisch weniger um die Dealer*innen als um die überwiegend von außerhalb anreisenden Konsument*innen und Käufer*innen kümmern und diese kontrollieren, sowie Perspektiven für

Dealer*innen, die häufig keine Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis haben, entwickeln.

Mit einer begrenzten Anzahl von Dealer*innen aus einem Herkunftsland sollen im Rahmen eines Modell-

projektes Vereinbarungen getroffen werden, in denen sie sich verpflichten, keine Straftaten mehr zu begehen und im Gegenzug befristeten Abschiebeschutz, Fortbildungen und weitere Unterstützung erhalten. Nach freiwilliger

Rückkehr sollen sie sich in ihrem Herkunftsland mit Unterstützung von eingebundenen NGOs eine berufliche Zukunft aufbauen. Das Geld könnte von landeseigenen Entwicklungsgeldern kommen, von denen ein Teil entsprechend umgewidmet wird.

Überhaupt will Cengiz den Park als Modelllabor für innovative Ideen verstanden wissen. Der Görli sei mit der breiten Bürger*innenbeteiligung, der zentralen Lage und seiner Bekanntheit hierfür geradezu prädestiniert. Er wünscht sich mehr Kunst, wie etwa Graffiti-Flächen an der umstrittenen Umgebungsmauer Görlitzer Straße/Skalitzer Straße, Skulpturen im Park, sowie mehr Angebote wie z.B. eine Upcycling-Werkstatt mit Reparaturstätten für Fahrräder, Elektrogeräte oder einem Verleihzentrum in einem bislang kaum genutzten Lagerraum und vieles mehr.

Gefragt sind jetzt konstruktive Vorschläge vom Parkrat und den Bürger*innen. Also: Mischt euch ein und macht mit!

Der Kontakt von Cengiz Demirci ist: pm-goerlitzerpark@ba-fk.berlin.de

■ Christian Könneke, Bezirksverordneter

„Ich möchte Stellung beziehen und mitgestalten können“

Aida Baghernejad (28) ist im Mai bei Bündnis 90/Die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg eingetreten und damit unser 1.000 Mitglied im Bezirk. Der Stachel hat sie zu ihren Beweggründen und politischen Vorstellungen befragt.

Stachel: Kannst du uns etwas über Dich erzählen?

Aida Baghernejad: Ich bin in Darmstadt aufgewachsen und eine Woche nach meinem 20. Geburtstag nach Berlin gezogen. Ich habe hier Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation studiert und danach als freie Journalistin gearbeitet. Nach meinem Bachelor habe ich in London meinen Master gemacht und dort viel zu Gentrifizierung geforscht. Derzeit promoviere ich halb in London und halb in Berlin und vergleiche street food markets und Selbständigkeit nach der Finanzkrise in den beiden Städten. Ich war auch in London während des Brexits...

Wie war das?

Das war ganz schön hart. Ich sehe meine Zukunft nicht in London, was sich seit dem Brexit weiter verstärkt

hat. Ich habe zwar in Peckham gelebt, einem migrantischen Stadtteil und vergleichbar mit Friedrichshain-Kreuzberg, beides liebe ich. Doch jetzt scheint es offensichtlich notwendig geworden zu sein, residency zu beantragen um nach dem Ausstieg aus der EU dort leben zu können. Das macht das Ganze schwierig.

Was verbindet dich mit Xhain?

Ich bin 2008 nach Berlin gezogen und wohne in Friedrichshain, Nähe Berghain. Jetzt, wo sich bei mir das 10jährige nähert, merke ich wieviel sich verändert hat. Mein Leben spielt sich viel um den Kotti ab, viele Freund*innen wohnen da. Ich bin hier in Xhain erwachsen geworden. Es ist die Ecke, wo ich zuhause bin.

Warum bist du den Grünen beigetreten und warum genau jetzt?

Ich habe mich immer über Freund*innen lustig gemacht, die in Parteien sind. Ich wollte mich nicht festlegen und habe bisher ungültig, Piraten, die Partei oder eben grün gewählt. Ich habe erlebt, wie sich der Londoner Stadtteil Peckham rasant schnell gentrifiziert hat und in Xhain passiert ähnliches. Nach dem Aufkeimen der AfD, nach Pegida, dem Brexit und Trump finde ich es umso wichtiger politisch aktiv zu sein. Aber auch schon vor der Wahl von Trump habe ich mir ernsthaft Gedanken darüber gemacht, einer Partei beizutreten. Ich habe die Parteiprogramme studiert und mir war bald klar, dass für mich nur die Grünen in Frage kommen. Weil es die einzige Partei ist, die glaubhaft für Diversität steht, wo Ernährungspolitik und der Ausstieg aus der Kohle wesentliche Themen sind. Die letzte Zeit hat mich noch stärker politisiert und ich wollte was machen und Stellung beziehen. Ich möchte mitgestalten können und

glaube, das ist der richtige Schritt für mich. Ich habe meine politische Heimat gefunden.

Weißt du schon, wie du mitgestalten möchtest?

Ich bin schon ganz aufgeregt und habe auch schon eine Email zum Mentoringprogramm geschickt, da ich Lust darauf habe. Ich weiß noch nicht, wie aktiv ich mich einbringen kann und möchte, vielleicht bei einer LAG. Ich interessiere mich für Stadtpolitik und urbane Wirtschaft und mir liegen ein gerechtes Steuersystem, mehr Fairness zwischen Alt und Jung und eine progressive Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik am Herzen. In Xhain soll eine gesunde soziale Mischung erhalten bleiben und ich wünsche mir weiterhin Freiraum für alle.

■ Das Gespräch führte Caroline Ausserer

Euer Eigentum, unser Territorium

Die Künstler*innen der Gruppe LA54 kämpfen seit über 6 Jahren um ihre ehemaligen Ateliers und Ausstellungsflächen in der alten Patzenhofer Brauerei. Investor*innen pokern mit dem Gelände.

Draußen, vor dem verrammelten Tor zum Gelände der ehemaligen Brauerei ein roter Würfel, gerade mal so hoch, dass Mensch reinpasst ohne sich den Kopf zu stoßen, ausgestellt darin zwei täglich wechselnde Kunstobjekte. 18 Künstler*innen präsentieren vom 25. Mai bis zum 4. Juni ihre Kunstwerke in der wohl kleinsten Galerie Berlins, die zugleich eine künstlerische Intervention gegen die nun bereits sechs Jahre währende Vertreibung der Künstler*innen der Gruppe LA54 ist.

Kunst gegen Ignoranz

„Abhängig davon, wie lange die Galerie toleriert wird, wird die Ausstellung 10 Minuten bis 10 Tage dauern,“ sagt Gustav Kleinschmidt bei der Eröffnung der Galerie, eine „Donquichoterie“ gegen die Agonie eines einstmaligen lebendigen Ort: „Von 2006 bis 2011 hatten wir hier unsere Ateliers und es gab viel Leben, eine ganze Community von Leuten, geprägt durch die Liebe zur Kreativität und zum Teilen, ein Kunsthaus.“

Dann wurden sie „aus dubiosen brandschutztechnischen Gründen vom Gelände vertrieben“, das „Ensemble von Immobilienspekulatoren mehrfach ge- und wieder verkauft“, große Versprechen gemacht, mit dem vorletzten Besitzer hätten sie vier Jahre geplant, Brandschutzkonzepte und Nutzungspläne vorgelegt und „Architekten, Anwälte und der Bezirk hätten sie dabei unterstützt.“

Und nun ein erneuter Besitzerwechsel: zwei russische Immobilienentwickler übernehmen das Gelände und seitdem: Schweigen, dass sie mit ihrer „potenziell subversiven Aktion“ brechen wollen. Eine Räumung wäre zumindest ein Zeichen gewesen, dass die



Red Block und LA54

Foto: Gustav Kleinschmidt

neuen Eigentümer der alten Brauerei in der Landsberger Allee 54 den Protest der Künstler*innen der Gruppe LA54 zumindest wahrgenommen hätten. Doch auch diese „potenziell subversive Aktion“ wurde von Seiten der neuen Eigentümer weitgehend ignoriert. Wie schon zuvor ein Schreiben der Bezirksstadträtin für Kultur und Bildung Clara Herrmann, die sich an die neuen Eigentümer gewandt hatte um die Unterstützung des Bezirks für die Forderungen der Künstler*innen deutlich zu machen und Aufklärung über deren Planungen für das Gelände zu fordern.

Clara Herrmann, die dann auch zur Eröffnung der Kunst- und Protestaktion erschienen war, bekräftigte vor

Ort nochmals: „Der Fall zeigt, wie bedroht gerade Künstlerinnen und Künstler durch die Verwandlung von Freiräumen zu Betongold“ seien und wie begrenzt die Möglichkeiten des Bezirks, trotz akuter Raumnot für bildende Künstler*innen, spekulativen Leerstand und drohendem Verfall wirkungsvoll entgegen zu treten.

Machtlose Politik?

„Eigentum verpflichtet“ heißt es im Grundgesetz. Canan Bayram, Direktkandidatin von Bündnis 90/ Die Grünen für diesen Wahlkreis solidarisierte sich ebenfalls mit den

Künstler*innen: „Es kann doch nicht sein, dass für Autobahnen Grundstücke enteignet werden können, aber nicht, wenn dem Gemeinwohl dringend notwendige Räume - und hierzu gehören auch Räume, in denen künstlerische Arbeit entstehen und gezeigt werden können - über Jahre hinweg in spekulativer Absicht entzogen werden“. Die Künstler*innen der LA54 jedenfalls geben nicht auf und planen im Oktober 2017 die Fortsetzung ihrer Protestaktion.

■ Werner Heck,
Bezirksverordneter

Rund ums Bezirksparlament

Resolution zur Musikschule

Nach jahrelangem Kampf scheint ein erster Schritt bei der Verbesserung der personellen Ausstattung der Musikschulen und der Absicherung der Musikschullehrer*innen greifbar. Die Regierungskoalition ist willens eines ihrer Wahlversprechen umzusetzen, nämlich 20 Prozent der Musikschullehrer*innen fest anzustellen. Doch so wie die Senatsfinanzverwaltung die konkrete Umsetzung nun plant, könnte dies komplett kontraproduktiv wirken und zu einer Verminderung des Angebots der Musikschulen oder einer Steigerung der Entgelte führen. Hier haben sich nun die Kulturstadträt*innen aller 12 Bezirke zusammengetan und fordern vom Senat nicht über die Bezirke hinweg zu entscheiden, sondern gemeinsam mit diesen ein Konzept zur Umsetzung des von allen gewollten Ziels der Festanstellung von 20 Prozent der Musikschullehrer*innen zu entwickeln. Die BVV Friedrichshain-Kreuzberg unterstützt diese Initiative mit einer Resolution an den Senat: nur mit den Bezirken und nicht gegen sie kann diese Reform der Erfolg werden, den alle Beteiligte*in anzustreben versprechen. (wh)

Pestizidfreier Bezirk

Wir wollen, dass keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel auf städtischen Flächen im Bezirk eingesetzt werden. Ebenso soll dies für private Dienstleistungsunternehmen gelten, die öffentliche Flächen pflegen. Dazu haben wir in der Juni-BVV einen Antrag gestellt, in dem wir das Bezirksamt auffordern, sich dem Konzept der pestizidfreien Kommune anzuschließen. Durch den Einsatz von Pestiziden sterben häufig auch Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlinge und Fledermäuse. Mit dem Verzicht auf die Verwendung von Pestiziden möchten wir einen Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt leisten. Städte bieten eine Vielzahl an ökologischen Nischen und zeichnen sich durch eine hohe biologische Vielfalt aus, häufig höher als in intensiv bewirtschafteten Agrarlandschaften. Deshalb hat die BVV im Mai, auf unsere Initiative hin, bereits die Unterzeichnung der Deklaration zur biologischen Vielfalt in Kommunen beschlossen. Das Bekenntnis zur pestizidfreien Kommune ist ein konkreter Schritt, diese Deklaration umzusetzen. (Katrin Reuter)

Benennung nach Freia Eisner

Die Straße zwischen Edith-Kiss-Straße und Mildred-Harnach-Straße soll in Freia-Eisner-Straße benannt werden. Einen entsprechenden Antrag haben wir in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom Mai eingebracht (DS/0254/V). Freia Eisner war in der Lesben-, Frauen- und Friedensbewegung aktiv, sie war Sozialistin, Antifaschistin und Pazifistin und stand somit für viele Werte ein, die auch das Lebensgefühl des Bezirkes prägen. Sie lebte zudem in der Karl-Marx-Allee in Friedrichshain, so dass auch eine räumliche Nähe zu ihrem Leben gegeben ist. Damit soll dem Beschluss der letzten Legislatur eine Straße nach einer LG-BTTIQ-Person zu benennen Rechnung getragen werden (DS/1843/IV). Darin wurde darauf hingewiesen, bei der Auswahl einer geeigneten Persönlichkeit auf ein bereits erstelltes Gutachten des Schwulen Museums* zurückzugreifen, der Expertise über in Berlin öffentlich zu ehrende LSBTI-Personen, (von Dezember 2010). Folgende Personen sind darin für eine Ehrung in Friedrichshain-Kreuzberg genannt: Freia Eisner, Selli (Selma) Engler, Charlotte Hahn, Audre(y) (Geraldine) Lorde, Christa (Kate) Winsloe und Erna Hiller. (aus)

■ Andreas Weeger,
Bezirksverordneter

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de
Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142
Bezirksassistentin: Marion Holzappel
Bürozeiten:
Di 14-17, Do 15-18, Fr 12-16 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss:

Vasilio Franco, Karl-Heinz Garcia Bergt, Theresa Kalmer, Sebastian Kitzig, Alexandra Neubert, Joana Zuehlke

Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

Fraktion im Bezirksparlament

Yorckstraße 4-11 – 10965
fraktion-xhain@gruene-berlin.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion
Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930
Fraktionsassistentin: Britta Byszio
Bürozeiten:
Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr

Fraktionsvorstand:

Annika Gerold, Sarah Jermutus, Julian Schwarze, Andreas Weeger, Deniz Yıldırım

Unsere Vertretung im Bundestag

Christian Ströbele
Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost
www.stroebele-online.de
Parlamentsbüro:
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-christian.stroebele@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Hans-christian.stroebele@wk.bundestag.de

Kreuzberg:

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
Fon: 61 65 69 61 – Fax: 39 90 60 84

Friedrichshain:

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
Fon: 29 77 28 95 – Fax: 39 90 60 84

BÜNDNIS 90



DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de
Fon: 66 76 30 00 - Fax: 29 35 08 75
Treffen: montags ab 19 Uhr

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de
Fon: 2325 2401 - Fax: 2325 2409

Turgut Altug, direkt gewählt |
Fon: 2325 2430

Canan Bayram, direkt gewählt |
Fon: 2325 2431

Marianna Burkert-Eulitz, direkt gewählt |
Fon: 2325 2461

Antje Kapek | Fon: 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |
Fon: 2325 2474

Dr. Stefan Taschner | Fon: 2325 2446

Fatoş Topaç | Fon 2325 2427

Daniel Wesener | Fon 2325 2421

Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz, Antje Kapek und Daniel Wesener | Dein grünes Büro
Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin
Di 10-15, Mi und Do 11-16 Uhr

Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger und Dr. Stefan Taschner

Großbeerstraße 16 - 10963 Berlin
Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr
Fon: 2362 9300

Canan Bayram

Schreinerstraße 6 - 10247 Berlin
Termin nach Vereinbarung
Fon: 2325 2431

Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost

www.stroebele-online.de
Parlamentsbüro:
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Hans-Christian.stroebele@bundestag.de

Mangelnde Infrastrukturplanung

Die BVV hat gefordert, einen letzten Versuch zur Änderung der Planungen in der Rigaer Straße 71-73a zu unternehmen, um den steigenden Bedarf an Schulplätzen zu decken. Der Vorgang steht aber für ein größeres und ungelöstes Problem.

Wie berichtet, hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einen Bauantrag der CG-Gruppe für das umstrittene Bauprojekt in der Rigaer Straße 71-73a im Widerspruchsverfahren gegen den Bezirk genehmigt.

Die CG-Gruppe kann jetzt also theoretisch losbauen. Grundsätzlich legt die Senatsverwaltung den Paragraphen 34 des Baugesetzbuchs großzügiger aus als der Bezirk. Deshalb wurden in ähnlichen Verfahren nach § 34 z.B. auch andere Großprojekte wie die Bebauung von Bambiland (auch Rigaer Straße) sowie des Freudenberg-Areals durch den Senat genehmigt. Der Bezirk sah diese Genehmigungsmöglichkeit dort ebenfalls nicht, wurde aber im Widerspruchsverfahren von der Senatsverwaltung jeweils überstimmt.

Grundsätzlich folgt aus den vielen Bauprojekten, die, wie nun auch die Rigaer 71-73a, nach § 34 auflagenfrei genehmigt werden (müssen), ein weiteres Problem: Weil Bauherren hier nicht zur Mitfinanzierung von öffentlicher Infrastruktur verpflichtet werden können, fehlen nicht nur im Friedrichshainer Nordkiez Grünflächen und vor allem Schulplätze und Kitas. Zusätzlich gibt es im Nordkiez nur noch Grundstücke im Privatbesitz, die für einen Schulbau geeignet wären: Ohne Ankauf von Boden kann der durch den vielen, auflagenfrei genehmigten Neubau erzeugte Mangel also nicht mehr behoben werden. Hier zeigen sich die Folgen einer fehlenden Bodenpolitik: Da Berlin in den letzten 15 Jahren massenweise Grundstücke verkauft hat, hat vorausschauende Infrastrukturpolitik zur Deckung der

steigenden Bedarfe kaum stattgefunden.

Eine Bodenpolitik, die Grundstücke entweder vorausschauend vorhält oder sogar ankauft, ist für die Bezirke so lange nicht möglich ist, wie sie gezwungen werden, auch noch das letzte Grundstück zum Verkauf an den Senat abzugeben. Gleichzeitig ist es den Bezirken haushalterisch nicht erlaubt, Grundstücksgeschäfte ohne Zustimmung des Landes zu machen. Und sie bekommen im Rahmen der Haushaltszuweisung durch das Land auch keine entsprechende Finanzmittel zugeteilt. Es stehen also Land und Senat in der Pflicht, zusammen mit den Bezirken eine echte Wende in der Liegenschaftspolitik herbeizuführen.

Ein erster Testfall könnte die Rigaer Straße 71-73a sein, auf der man sich gut eine Schule statt Luxuswohnungen vorstellen könnte. Da das Baurecht leider bereits erteilt ist, kann dies nur im Einvernehmen mit der CG-Gruppe geschehen. Erste Signale waren positiv, mittlerweile verfinstert sich das Bild wieder. Die BVV hat auf grünen Antrag hin an alle Seiten appelliert, eine Lösung zu finden. Doch selbst falls das hier im Einzelfall funktioniert, benötigt Berlin dringend eine zukunftsgerichtete Infrastrukturplanung für die gesamte „wachsende Stadt“. Und diese wird nicht allein auf den verbliebenen öffentlichen Flächen stattfinden können. In manchen Fällen wird man Geld in die Hand nehmen und Boden strategisch kaufen müssen!

■ Andreas Weeger,
Bezirksverordneter



Prenzlauer Berg-Ost

Neues Wohnen an der Michelangelostraße

Es wird immer schwieriger, in Berlin eine bezahlbare Bleibe zu finden, gerade für Ältere mit kleiner Rente oder junge Familien. Die Koalition in Berlin aus SPD, Linken und Bündnis 90/Die Grünen hat deshalb wohnungspolitisch einiges vor: mehr soziale Erhaltungsgebiete, eine bessere Mietpreisbremse auf der Bundesebene und eine höhere Quote von geförderten Wohnungen im Neubau. Damit wir Neubürgern aus Pritzwalk, Stettin oder Aleppo eine Wohnung bieten können.

Berlin braucht Neubau

Insbesondere wollen wir den Bestand an kommunalen Wohnungen durch Ankauf und Neubau erhöhen. Besonders im Fokus sollen dabei Familien und Personengruppen, die einen besonderen Bedarf an bezahlbaren, kleinen, altersgerechten und barrierefreien Wohnungen haben, stehen. Berlin hat einen Bestand von etwas über 300.000 kommunalen Wohnungen. Wohnungsbau ist teuer und wer eine Wohnung bei der GEWOBA ergattert, genießt ein Privileg. Wir Bündnisgrüne wollen mehr landeseigene Wohnungen schaffen – durch Neubau. Denn gerade Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen gehören für uns zu Berlin – für sie wollen wir kommunal bauen.

Weil wir vor der großen Herausforderung stehen, in Berlin sehr schnell viele und vor allem bezahlbare Wohnungen zu bauen, hat die Koalition elf Gebiete beschlossen, in denen Quartiere nachverdichtet und neue Wohngebiete errichtet werden. Eines



Geplantes Baugebiet in der Michelangelostraße

Foto: ck

dieser Gebiete ist die »Michelangelostraße« in Prenzlauer Berg. Hier soll ein ökologisch-soziales Modellquartier für nachhaltigen Neubau, mit Nutzungsmischung und innovativen Mobilitätskonzepten in der Größenordnung von rund 1500 Wohnungen entstehen. Besonders wichtig ist uns auch die Eigentümergeinschaft. Nicht private Bauträger, sondern Genossenschaften, Eigennutzer in Form von Baugruppen und vor allem landeseigene Gesellschaften sollen gemeinsam ein lebendiges Quartier errichten.

Im Dialog mit der Öffentlichkeit

Jeder Neubau in Berlin generiert Diskussionen. Weil das Interesse für die eigene Wohnumgebung in der Stadt erfreulich hoch ist. Wir Bündnisgrüne wollen neue Quartiere mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, aber natürlich auch den zukünftigen

Bewohnerinnen und Bewohnern der neuen Häuser, gemeinsam entwickeln. Im Dialog mit der Öffentlichkeit

Ein regelmäßiger Dialog mit der Öffentlichkeit ist unabdingbar. Schon deshalb, um neue Entwicklungen zu integrieren, wie z. B. den Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), in der Mitte der Michelangelostraße eine Straßenbahntrasse freizuhalten. Aber auch, um einen Austausch über die für die Lebens- und Wohnqualität entscheidende Versorgung mit Schulen, Kindergärten oder Handelseinrichtungen sicherzustellen. Oder die Frage zu diskutieren, ob im Interesse einer geringeren Versiegelung des Bodens nicht lieber etwas höher und dafür nicht so breit gebaut werden soll. Ich finde, es gibt viel zu bereden und vor allem deutlich mehr Chancen als Risiken. Lassen Sie uns beginnen.

■ **Andreas Otto,**
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Neue Schulen für das Land

Der drohende Schulplatzmangel ist in Berlin inzwischen ebenso bekannt wie der dramatische Sanierungsstau. Vielen Neubau- und Erweiterungsplänen steht jedoch ein starker Platzmangel entgegen, was auch die Schulqualität beeinträchtigt.

Berlin muss schnell neue Schulen bauen - das ist mittlerweile allen klar, die mit Schule zu tun haben. Der Weg zu dieser Einsicht war jedoch lang: seit fast zehn Jahren laufen wir Grünen Sturm, um den Senat zu überzeugen, dass wir keine Schulgebäude mehr abgeben, sondern vielmehr die Kapazitäten erweitern müssen. Dies betrifft v.a. den Prenzlauer Berg und Friedrichshain, wo immer mehr Familien leben – der Platzmangel aber gleichzeitig eklatant hoch ist.

Platzmangel bedroht die Schulqualität

Inzwischen ist viel kostbare Zeit verloren gegangen. Denn wo Schulplätze und ganze Schulen fehlen und die bestehenden unter dem Sanierungsstau leiden, droht die zarte Pflanze Schulqualität untergemäht zu werden. Weil weder Gebäude noch Grundstücke vorhanden sind, werden etwa in Friedrichshain modulare Ergänzungsbauten auf die Schulhöfe gesetzt. Dadurch müssen Funktionsräume wie Aula, Mensa, Fach- und Teamräume nun von allen gemeinsam und für alles Mögliche genutzt werden – mit entsprechenden Konsequenzen. So geben erste Schulen den jahrgangübergreifenden Unterricht und ihre erfolgreichen, aber diffizilen Konzepte des rhythmisierten Ganztags auf. Es steht sogar zu befürchten, dass die Ganztagsbetreuung insgesamt unter Druck gerät. Eine solche Entwicklung wäre für alle Beteiligten fatal, ganz besonders jedoch für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Denn nur eine gute Schule mit hochwertiger Ganztagsbetreuung ist imstande, Segregationsprozessen und der Reproduktion von Ungleichheit entgegenzuwirken.

Inzwischen sind wir Grüne selbst Teil des Senats und haben ein ehrgeiziges Neubau- und Sanierungsprogramm

beschlossen. Zwar stehen notwendige Mittel nun bereit, andere Probleme sind jedoch noch ungelöst. So leidet etwa die Tesla-Gemeinschaftsschule im Prenzlauer Berg, für die seit 2010 ein neuer Campus geplant ist, an den langwierigen Planungsverfahren der letzten Jahre.

Obwohl unter dem vorherigen Senat eine Förderung über das Modellvorhaben zur Beschleunigung von Schulbauten möglich gewesen wäre, wurde jede Unterstützung abgelehnt – ausgerechnet mit der Begründung, die Planung vor Ort sei bereits zu weit fortgeschritten. Im Ergebnis ist bis heute unklar, ob der Bau wenigstens bis 2021 möglich sein wird. Derweil droht ein Wettlauf mit der Zeit, bevor alle Beteiligten entnervt das Handtuch werfen. Dass eine Gemeinschaftsschule an baulichen Fragen scheitern könnte, erschieben mir bislang undenkbar – es wäre ein schlimmer Rückschlag für Berlin.

Neubau von Schulen beschleunigen

Dass es grundsätzlich keinen Mangel an möglichen Modellprojekten geben wird, ist klar. Um allein schon das Gebiet rund um das ehemalige Schlachthofgelände bedarfsgerecht zu versorgen und den nördlichen Friedrichshain zu entlasten, wird mindestens eine neue Grundschule benötigt. Als möglicher Standort steht das Parkplatzgelände am Velodrom zur Debatte. Um in Zukunft nicht nur genug Schulplätze, sondern auch eine gute Schulqualität sicherzustellen, sollte der Prozess des Schulneubaus dringend beschleunigt werden – keine langen Debatten und Verwaltungsschritte mehr, Entscheidungen und Handeln sind gefragt! Wir werden nicht lockerlassen.

■ **Stefanie Remlinger,**
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Für immer auf der Straße

Was tun gegen Wohnungslosigkeit?

Wohnen ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Die eigene Wohnung bietet Sicherheit und Intimsphäre. Wohnen ist ein Grundrecht und muss für alle garantiert sein. Von der Wohnungsnot sind zuerst die Hilfsbedürftigsten betroffen. Einhergehend mit Wohnungslosigkeit haben sie oft gesundheitliche Probleme und soziale Schwierigkeiten. Ohne den Schutz einer eigenen Unterkunft sind die Problemlagen nicht zu lösen. Die Aufgabe unseres sozialen Systems ist es, die betroffenen Menschen aufzufangen und ihnen die Unterstützung zu geben, die sie benötigen. Die Hilfsangebote müssen bedarfsgerecht und niedrigschwellig sein, um angenommen werden zu können.

Der allererste Schritt sind kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten. Einer unserer wichtigsten Partner*innen ist dabei der Verein mob e.V., der Notübernachtungen in der Storkower Straße 139c für 20 Menschen bereitstellt. Die Einrichtung ist an 365 Tagen im Jahr von 18 Uhr abends bis 8 Uhr morgens geöffnet. Ein Team von ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen kümmert sich um die Gäste. Die Betreuung endet hier

nicht mit dem Aufstehen. Denn der soziale Treffpunkt von mob e.V. „Kaffee Bankrott“ befindet sich direkt nebenan und ist von 8 Uhr bis 18 Uhr offen für Wohnungslose, finanzschwache und alle interessierten Menschen. Das vordringlichste langfristige Ziel des Projektes ist die Beendigung der Wohnungslosigkeit für die Klient*innen, so dass die Menschen ins Regelsystem zurück kehren. Denn Notfallhilfe darf nicht die Dauerlösung sein.

Bezirke sind unterbesetzt

Dafür muss sich dringend das behördliche Regelsystem anpassen. Die Klient*innen sind internationaler und inzwischen häufiger weiblich. Zunehmend sind auch Familien mit Kindern betroffen. Dafür sind entsprechende Vermittlungs- und auch Sprachkompetenzen notwendig in den Sozialämtern und JobCentern.

Der Wohnraum für Wohnungslose ist besonders knapp. Als Folge können rechtlich zustehende Ansprüche auf eine Wohnung oder zumindest Unterkunft nicht erfüllt werden. Die

Bezirke sind auch in diesem Bereich personell unterbesetzt. Deshalb dauern die Verfahren extrem lange und die Betroffenen können sich nicht aus der Notsituation befreien. Also bleiben sie oft in den Notübernachtungen. Das verursacht hohe Kosten und Frust bei den Betroffenen, aber auch bei den ehren- und hauptamtlichen Helfer*innen. Es fehlen außerdem Fallstatistiken, die wir brauchen, um zu steuern und auf Probleme zu reagieren.

Wir können die Situation verbessern mit bezahlbarem Wohnraum, einem Krankenversicherungsschutz für Wohnungslose und besserer Gesundheitsversorgung. Wir brauchen mehr Personal in den Ämtern. Sie müssen mehr Zeit haben für die Klient*innen, um ihre Kompetenzen in fachlicher, sozialer, technischer, sprachlicher und interkultureller Hinsicht voll ausschöpfen zu können in der Fallbearbeitung. Wir müssen uns darum kümmern. Denn die Menschlichkeit einer Gesellschaft kann man an ihrem Umgang mit den Schwächsten erkennen.

■ **Daniela Billig,**
Bezirksverordnete in Pankow

Offen, innovativ und nützlich

Open Data und freies WLAN

Offene Ohren und Freiräume, Open Data und Freifunk - eine gute Politik leistet das. In den letzten beiden Legislaturen haben wir Bündnisgrüne den Senat immer wieder genervt mit dem Thema freies WLAN. Kurz vor der Wahl dann ein erster kleiner Durchbruch - die ersten Free-Wifi-Hotspots konnten starten. Geschlagene acht Jahre hatte das gedauert. Dabei hatten beispielsweise die Freifunker, die Kirchen und nicht zuletzt das bündnisgrüne Wahlkreisbüro in der Prenzlauer Allee 22 gezeigt, dass das doch recht einfach geht. Und jetzt hat endlich die BVG nachgezogen, und bietet an fast allen U-Bahnhöfen freies WLAN an. Na also, es geht doch.

Auch die Offenlegung der Verkehrsdaten von BVG und Co. ging in

der letzten Legislatur nur ohne oder gar gegen den Senat vorstatten. Inzwischen können Entwickler*innen diese Daten maschinenlesbar bekommen und weiternutzen - und tun das auch, wie ally, naturtrip und einige mehr beweisen. Die entstandenen Apps werden jeden Tag zehntausendfach genutzt, bilden die Grundlage für die kombinierte Nutzung verschiedener Verkehrsmittel. Aber da geht noch was mehr: 2016 hatte Hamburg bereits 26.000 Datensätze in seinem Open-Data-Portal publiziert - Berlin erst 846. Also Luft nach oben.

■ **Stefan Gelhaar,**
Mitglied des Abgeordnetenhauses
und auf Platz 2 der Berliner
Bundestagsliste